

Rat erhöht Steuer auf alle Hunde

Pro Vierbeiner wird acht Euro mehr erhoben. Halter „gefährlicher“ Hunde müssen weniger zahlen als geplant. Reformdebatte über Listung nach Rassen

Kommando zurück: Der Rat hat am Dienstag mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP die von der Verwaltung vorgeschlagene Verfünfachung der Steuer für „Kampfhunde“ kassiert, im Gegenzug aber die Steuer für alle Hundehalter um acht Euro pro Jahr angehoben. Besitzer von Hunden der laut Landeshundegesetz als „gefährlich“ eingestuften Rassen werden angesichts einer Erhöhung von über 100 Euro pro Jahr trotzdem stark zur Kasse gebeten.

Linke: Schäferhunde beißen häufig

Als Kompromiss bezeichneten SPD und CDU dieses Modell. Sie seien davon überrascht worden, dass die Erhöhung für Halter der vom Land als „gefährlich“ gelisteten Rassen in Herne angesichts der relativ geringen Zahl so hoch ausgefallen wäre, räumte SPD-Fraktions-Chef Udo Sobieski ein.

Eine komplette Rücknahme der Erhöhung sei nicht möglich, weil laut dem bereits im November erfolgten Haushaltsbeschluss bei der Hundesteuer zusätzlich 80 000 Euro generiert werden müsse. Sobieski betonte aber, dass mit der Erhöhung auch ein ordnungspolitisches Ziel verbunden sei: „Wir wollen gewisse Hunderassen nicht vermehrt in unserer Stadt haben.“

Der Hinweis von CDU-Fraktions-Chefin Bettina Szlag, dass die Steuererhöhung für nicht gelistete Hunde „mit Augenmaß“ erfolge, stieß auf Widerspruch. Für einige Hundehalter seien auch acht Euro viel Geld, sagte Andreas Ixert (Linke). Die Stadt sollte nicht „ordnungspolitische Ziele“ anführen, sondern ehrlich sagen: „Wir brauchen die Kohle.“ Andreas Prennig (Piraten-AL) stellte fest: „Hier wird mit der heißen Stange gekloppt, um 80 000 Euro zusammen zu bekommen.“ Armin Wolf (AfD) äußerte Kritik am „sehr fragwürdigen Verfahren“. Die Grünen bezogen in der Debatte gar nicht Stellung.

Nicht weit auseinander lagen die Ratsparteien dagegen in einem anderen Punkt: Die vor Jahren auf Landesebene erfolgte pauschale Einstufung von Hunderassen als gefährlich müsse hinterfragt werden, so der Tenor. SPD und CDU kündigten hierzu eine Reformdebatte an. „Es sind laut Statistik nicht ‚Kampfhunde‘, die am häufigsten zubeißen, sondern Schäferhunde“, so Linke-Ratsherr Ixert. Sein Hinweis, dass eine Listung „gefährlicher“ Rassen eine Form von Rassismus sei, wies die CDU allerdings zurück. „Es ist unpassend, hier Menschen und Hunde zu vergleichen“, so Szlag.

Kommentar: Am Ende gibt es nur Verlierer

Mit der Rücknahme des absurden Vorschlags, die Hundesteuer für bestimmte Rassen ab 2018 fast zu verfünffachen, hat der Rat der Stadt Schadensbegrenzung betrieben. Der Beschluss ändert aber nichts daran, dass viel Porzellan zerschlagen worden ist und es

am Ende nur noch Verlierer gibt.

Die Hundebesitzer: Sie werden wieder zur Kasse gebeten. Ob Grund-, Gewerbe- oder nun Hundesteuer – das Maß ist längst voll. Es kann nicht mehr hingenommen werden, dass Hernes Bürger zur Finanzierung hoher Soziallasten geschröpft werden, während sich das Land und vor allem der Bund einen schlanken Fuß machen und Rekordsteuereinnahmen sowie die schwarze Null feiern.

Die Halter von „gefährlichen“ Hunden: Sie werden trotz der Kurskorrektur noch immer stärker als andere Hundebesitzer zu Kasse gebeten – nur weil ihre Hunde vor Jahren in einer vor allem von Hysterie bestimmten Debatte willkürlich auf eine Liste gesetzt worden ist. Immerhin: Der Rat sieht hier Reformbedarf.

Stadt und Politik: Sie tragen gemeinsam die Verantwortung für diesen Vorgang. Die Stadtverwaltung, weil sie ernsthaft eine Verfünffachung der Steuer für bestimmte Hunderassen vorgeschlagen hat und dies ohne echte Grundlage auch noch mit ordnungspolitischen Zielen begründet hat. Die Politik, sprich: SPD und CDU, weil sie im Vorfeld ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben und mit der Zustimmung zum Gesamthaushalt zumindest in Sachen Hundesteuer zunächst nach dem Prinzip handelten: Denn sie wissen nicht, was sie tun. [loc]